



Politiker Geibert, Demonstration in Berlin zum Gedenken an die NSU-Opfer*: Ein Jurist, kein Rebell

INNENMINISTER

1:16

Der Thüringer Jörg Geibert setzt sich für eine konsequente Aufklärung der NSU-Affäre ein. Nun hat er alle Amtskollegen gegen sich.

Die Delegation hat den Salon schon verlassen, als die türkische Generalkonsulin Ece Öztürk Çil den Minister am Arm packt. Fast eine Stunde lang hat sie mit Jörg Geibert über Integration und die Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) diskutiert. Jetzt zieht die Diplomatin den thüringischen Innenminister zu sich heran: „Halten Sie durch“, sagt sie leise. „Wir sind stolz auf Sie.“

Vor einem Jahr flog die rechtsradikale Terrorbande des NSU in Thüringen und Sachsen auf. Die deutschen Politiker versprachen, die Morde und die Überfälle aufzuklären – und auch die Frage zu beantworten, warum sich Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe und Uwe Mundlos fast 14 Jahre lang verstecken konnten. Vier Untersuchungsausschüsse versuchen inzwischen, die Versäumnisse der Behörden auszuleuchten.

Die Innenminister in Deutschland stehen deshalb unter besonderer Beobachtung. Sie müssen aufklären, aber auch ihre Leute schützen; sie müssen in der Öffentlichkeit erklären, was im Geheimen schiefgelaufen ist; viele von ihnen tun sich schwer mit dem Scheinwerferlicht, scheuen große Veränderun-

gen. Einer aber schreitet neuerdings voran: Geibert.

In dieser Woche will der CDU-Politiker seine Amtskollegen bei der Innenministerkonferenz in Rostock-Warnemünde überzeugen, dass sein Weg der richtige ist. Es spricht nicht viel dafür, dass ihm das gelingen wird. Seit Wochen machen die anderen Innenminister Stimmung gegen ihn, isolieren ihn. Und zwar alle gemeinsam, die 15 Kollegen aus den Ländern und Bundesminister Hans-Peter Friedrich (CSU) – aus Thüringer Sicht steht es 1:16.

Zwischenzeitlich waren die Thüringer Verfassungsschützer sogar teilweise vom Nachrichtenaustausch des bundesweiten Geheimdienstverbands ausgeschlossen. Die Angriffe auf Geibert und seine Leute gingen so weit, dass der Grünen-Obmann im NSU-Ausschuss des Bundestags, Wolfgang Wieland, mahnte, das „Mobbing Thüringens“ müsse aufhören.

Geibert hatte gegen eine zentrale Regel der Geheimdienste verstoßen. Ende September sandte er vertrauliche Verfassungsschutz-Akten an den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags in Berlin, ohne Informationen vorher schwärzen zu lassen (SPIEGEL 41/2012).

Geiberts Innenministerkollegen reagierten entsetzt. Sie fürchteten, die Dokumente könnten sensible Angaben ihrer Geheimdienste enthüllen, beispielsweise Informanten aus der rechten Szene enttarnen.

Lorenz Caffier (CDU), der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, suchte sogar bei denen Verständnis, die potentielle Nutznießer von Geiberts Offenheit sind,

weil sie nicht nur ausgewählte Informationen oder Unterlagen erhalten. In einem Brief an die Mitglieder des Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag forderte er die Schwärzung der Akten.

An der Basis scheint die Zustimmung für den Außenseiter hingegen groß zu sein. An einem Dienstag im November haben Parteifreunde im Büro der Weimarer CDU Kuchen gekauft und Kaffee gekocht, sie erwarten Geibert zur Bürgersprechstunde. Der Minister ist seit einigen Wochen Kreisvorsitzender der Union in Weimar. Er will über die Sorgen und Wünsche der Menschen in der Region sprechen, aber die wollen auch über die NSU-Aufklärung reden. Ein Rentner schüttelt Geiberts Hand und sagt: „Weiter so.“

Geibert ist kein Draufgänger. Er wirkt gemütlich, ein höflicher Mann aus dem Westerwald, groß und breit, ein Jurist, kein Rebell. Vor knapp zwei Jahren wurde er Innenminister, ein Jahr lang regierte er unauffällig mit, bis die größte rechtsradikal motivierte Mordserie in der Geschichte der Bundesrepublik aufflog – in seinem Bundesland.

Am 7. November 2011 feierte Geibert gerade den Thüringer Verfassungsschutz, er war beim 20-Jahr-Jubiläum im Augustinerkloster in Erfurt. Von einem Mitarbeiter erfuhr er, dass die Polizei die Identität von zwei Bankräubern ermittelt hatte, die sich drei Tage zuvor in Eisenach das Leben genommen hatten. Es handelte sich um Mundlos und Böhnhardt, zwei Neonazis, die 1998 in den Untergrund gegangen waren.

Heinz Fromm, der inzwischen zurückgetretene Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, hielt eine Rede auf der

* Am 4. November vor dem Gebäude des Bundeskriminalamts.

Veranstaltung. Geibert nahm den Geheimdienstchef später zur Seite. Er warnte, in Eisenach braue sich etwas zusammen.

In den folgenden Tagen stellte sich heraus, dass Mundlos und Bönnhardt zwischen 2000 und 2007 neun Migranten und eine Polizistin ermordet hatten. Geibert sagt heute: „Wir wussten, dass es Neonazis gibt. Wir wussten, dass es Terror gibt. Aber diese Form des rechten Terrors habe ich damals für unmöglich gehalten.“

Der Verwaltungsjurist war 1992 aus Rheinland-Pfalz in den Osten gekommen, um das Justizwesen mitaufzubauen. Hier lernte er seine heutige Frau kennen. Die Geiberts, beide Juristen, haben ihre Karriere im Staatsdienst gemacht. Das Versagen des Staates in der NSU-Affäre erschütterte sie. Sie fragen sich, warum die Staatsorgane das Morden nicht verhindern konnten.

Bodo Ramelow, der Fraktionsvorsitzende der Linken im Thüringer Landtag, blättert in einer Akte und spricht davon, dass er nicht glauben könne, dass sich die Fehler bei den Ermittlungen gegen die Terrorbande allein durch Unvermögen erklären lassen sollen. Er erwarte von den verantwortlichen Politikern, dass sie sich für die Aufklärung des Skandals einsetzen. So wie Geibert? „Ganz genau.“ Im Sommer traf Ramelow Geibert auf dem Weinfest in Weimar. Die beiden saßen bis spät-

nachts zusammen, der Linken-Fraktionschef lernte den CDU-Sicherheitsminister schätzen. Er habe einen Mann erlebt, sagt Ramelow, der Zweifel zulasse. „Dem geht das Ganze wirklich nah.“

Geibert beauftragte kurz nach der Enttarnung des NSU den früheren Bundesrichter Gerhard Schäfer mit der Aufarbeitung des Behördenversagens. Er setzte sich für die Gründung eines Untersuchungsausschusses im Landtag ein. Die meisten Versäumnisse in Thüringen gab

„Rede kein so dummes Zeug wie dein Vater“, sagte die Lehrerin zu seinem Sohn.

es unter seinen Vorgängern, Geibert hatte sie nicht zu verantworten, das war die einfache Seite seiner Aufgabe. Die schwierige war es, die richtigen Worte zu finden – und daran scheiterte Geibert zunächst.

Er entließ seinen Verfassungsschutzchef, an dem er wenige Stunden zuvor noch festgehalten hatte. Im Juni wollte er im Landtag über die Lehren aus den NSU-Morden sprechen. Aber er wiederholte Floskeln und sagte wenig Konkretes.

Er stand kurz vorm Rauswurf. Die Mitschüler seines Sohnes lästerten über ihn. „Rede kein so dummes Zeug wie dein Vater“, sagte eine Lehrerin.

Ende Juni wurde bekannt: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte viele Akten geschreddert, die NSU-Ermittlungen betrafen. Unterstützt von Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht entschied sich Geibert für einen Befreiungsschlag – Not macht zuweilen energisch.

Er rang Bundesinnenminister Friedrich die Zusage ab, den Abgeordneten im Erfurter NSU-Ausschuss ungeschwärzte Akten vorlegen zu dürfen. Im September schließlich ließ er alle Akten im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, die Rechtsextremismus betreffen, einsammeln und schickte sie nach Berlin. 778 Ordner, mehrere hunderttausend Seiten, aus den Jahren 1991 bis 2002.

Nun prüft Geibert, die Verfassungsschutzbehörde aufzulösen und ins Innenministerium zu integrieren. Er schlägt zudem vor, alle V-Leute zentral vom Bund führen zu lassen. Diese Vorstöße könnten Geiberts kuriose Situation verstärken: Die politischen Gegner loben ihn – aber die nächste Konfrontation mit den Kollegen ist spätestens bei der Innenministerkonferenz am Mittwoch zu erwarten.

MAXIMILIAN POPP